

Vorab

Hamburg, Februar 2024: Die Rote Hilfe e.V. lädt zu einer großen Festveranstaltung in den Ballsaal des Millerntor-Stadions, um das 100-jährige Bestehen der Roten Hilfe zu feiern. Die Gala eröffnet ein ganzes Jubiläumsjahr, in dem zahlreiche Veranstaltungen nicht nur die gegenwärtige Solidaritätspraxis, sondern auch die Geschichte der Rote-Hilfe-Organisationen beleuchten. Dabei wird stets betont, dass es zwar Kontinuitäten und Gemeinsamkeiten gibt, aber auch zahlreiche Brüche und Unterschiede zwischen den verschiedenen Epochen: Von der Roten Hilfe Deutschlands, einer der größten proletarischen Massenorganisationen der Weimarer Republik und später bedeutenden Kraft im antifaschistischen Widerstand, über die verschiedenen Rote-Hilfe-Strukturen der 1970er-Jahre bis hin zur heutigen strömungsübergreifenden Roten Hilfe e.V.

Dieser Band zeichnet die wechselhafte Geschichte der Solidaritätsorganisationen nach und arbeitet nicht zuletzt die jüngere Geschichte und Gegenwart heraus, die bisher kaum erforscht wurde.

Bis zum Verbot 1923: Die Rote-Hilfe-Komitees

Die Grundidee der Roten Hilfe (RH) entstand nicht aus dem Nichts. Schon immer hatten fortschrittliche Bewegungen solidarische Unterstützung für verfolgte Mitglieder organisiert, beschränkten sich dabei aber auf spontane Aktivitäten auf lokaler Ebene. Zu Beginn der Weimarer Republik spitzte sich die Situation zu.

So wurden etwa die Rätebewegung 1918/19, der Ruhraufstand im März 1920 oder der Mitteldeutsche Aufstand im März 1921 teils blutig niederschlagen. Gegen den Kapp-Putsch im März 1920, der von paramilitärischen und präfaschistischen Kräften getragen wurde, kam es zu einem wirksamen Generalstreik, in der Folge aber auch zu verschärfter Repression. Bei diesen Auseinandersetzungen wurden Tausende verhaftet oder ermordet, und ihre Familien waren oft der Hauptverdienenden beraubt und lebten in extremer Not. Zwar sammelten überall Strukturen wie die Münchner ›Frauenhilfe für politische Gefangenen‹ oder die lokalen Hilfsfonds der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) Spenden, aber die Ergebnisse reichten bei Weitem nicht aus.

Um die vielen Betroffenen effektiver zu unterstützen, initiierte die KPD den Aufbau gut vernetzter Komitees. Mit dem Aufruf ›Hilfe für die Märzopfer‹, der am 12. April 1921 in der ›Roten Fahne‹ erschien, prägte die Parteispitze den Namen ›Rote Hilfe‹: ›Um dieses Werk proletarischer Solidarität vollbringen zu können, hat sich aus den Kreisen der Arbeiterschaft die ›Rote Hilfe‹ gebildet. Überall im Reich sind Bezirkskomi-

tees gebildet, die in einem Zentralkomitee zusammengefasst werden, das sofort Sammel Listen an die Organisationen verschicken wird« (zit. n. RH 3/1928, S. 2).

Innerhalb kurzer Zeit entwickelten sich zahlreiche engagierte Ortskomitees. Indem die höheren RH-Leitungen die Einnahmen und Unterstützungszahlungen koordinierten, ließen sich besonders schwer getroffene Bezirke entlasten und die Mittel gleichmäßig verteilen.

In mühevoller Kleinarbeit sammelten die Roten Helfer:innen Geld- und Sachspenden in Wohnblocks, auf Märkten, in Betrieben und bei politischen Versammlungen – eine Aufgabe, die hauptsächlich von Frauen geschultert wurde. Dass die KPD von ihren Mitgliedern Pflichtspenden kassierte, brachte weitere Einkünfte, und viele Betriebsbelegschaften und proletarische Vereine bewilligten ansehnliche Beträge aus ihren Kassen. Noch bedeutender waren die hohen finanziellen Zuschüsse aus der internationalen Arbeiter:innenbewegung.

Im Mittelpunkt stand die materielle Hilfe für die (meist männlichen) politischen Gefangenen – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit –, vor allem aber für ihre Familien und die Hinterbliebenen der Ermordeten. Den Inhaftierten, ihren Ehefrauen und Kindern zahlte die zentrale RH-Kasse jeden Monat einheitliche Summen aus. Aus lokalen Sammlungen bekamen sie zusätzlich Pakete mit Lebensmitteln, Kleidung und Brennmaterial.

Phasenweise spielte auch die praktische Solidarität mit Aktivist:innen, die aus Angst vor Verhaftung untergetaucht waren, eine große Rolle. Die Roten Helfer:innen versorgten sie mit Schlafplätzen und Bargeld und schleusten sie in andere Regionen oder ins Ausland – ein Tätigkeitsbereich, der oft Anlass für staatliche Repression bot. Immer wichtiger wurde der Rechtsschutz: Die RH-Komitees berieten Angeklagte und übernahmen bei schweren Fällen die Kosten für einen Rechtsbeistand.

Zwar kamen Spenden aus unterschiedlichen politischen Strömungen, und die Komitees versuchten gezielt, sich über die KPD hinaus zu verankern. Trotzdem wirkten sie kaum über das kommunistische Umfeld hinaus.

Die 1922 einsetzende Hyperinflation machte die gesamten Gelder wertlos, sodass sowohl die Unterstützungszahlungen als auch der Rechtsschutz nur aus internationalen Zuschüssen in stabilen Währungen geleistet werden konnten. Zudem verschärfte sich ab Sommer 1923 die staatliche Verfolgung. Als Reichspräsident Friedrich Ebert den Ausnahmezustand erklärte und die Exekutivgewalt an das Militär übertrug, wurden im November 1923 die KPD und die RH-Komitees verboten.

Obwohl die folgenden Massenverhaftungen viele Strukturen komplett zerschlugen, führten einige Komitees weiterhin illegale Solidaritätssammlungen durch, während die höheren Leitungen Zukunftsperspektiven entwickelten. Ein neues Organisationsmodell sollte Kreise jenseits der KPD einbinden und verbindlicher sein als die lockeren Komitees. Weil die Einnahmen aus Spenden extrem schwankten, sollten feste Mitgliedsbeiträge die Finanzen stabilisieren. Diese Überlegungen wurden von der Internationalen Roten Hilfe (IRH) bestärkt, dem Dachverband der Rote-Hilfe-Organisationen, der sich Ende 1922 in Moskau gegründet hatte und die Arbeit praktisch und finanziell unterstützte.

Als am 1. März 1924 das Verbot endete und die RH-Komitees sich neu formierten, diskutierten und befürworteten die Aktivist:innen das Konzept und setzten es bald um: Zum 1. Oktober 1924 gründeten sie die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) als eigenständige Mitgliederorganisation mit parteiübergreifendem Ansatz.

Die Rote Hilfe Deutschlands der Weimarer Republik

Schwierige Anfangsphase

Der Übergang vollzog sich fließend. Schon im Sommer 1923 hatten die RH-Komitees provisorische Mitgliedsausweise verteilt, um Sympathisierende zu regelmäßigen Zahlungen anzuregen. Nach der offiziellen Gründung der RHD dauerte es noch mehrere Monate, bis sich alle Komitees in Ortsgruppen umgewandelt hatten. Um eine eigenständige Organisation zu schaffen, mussten sie neue Aktive gewinnen sowie die Abläufe erweitern und beispielsweise die Mitgliedsbeiträge selbst abholen, was zuvor die KPD-Kassierer:innen erledigt hatten.

In Teilen der Basis war die Loslösung von der Partei politisch umstritten, weil viele die Neugründung als rein taktisches Manöver betrachteten, um weitere Verbotsmaßnahmen zu vermeiden. Wie lange diese Haltung vereinzelt anhielt, zeigt der Bericht des RHD-Zentralvorstands (ZV) für Februar 1926: »In einigen Ortsgruppen haben sich unter den Mitgliedern Tendenzen gezeigt, die sich gegen die selbstständige Organisationsform der Roten Hilfe wenden. Durch verschiedene Aussprachen sind nunmehr diese Unklarheiten beseitigt worden« (StAB 4,65 – 0472).

Die finanziellen Anforderungen erschwerten den Aufbau ebenfalls, denn die Zahl der Gefangenen und Angeklagten blieb hoch, während die internationale Hilfe stark zurückgegangen war. Um die Betroffenen aus eigenen Einnahmen zu versorgen, mussten sich die Roten Helfer:innen auf Spenden-

aktionen und Mitgliederwerbung konzentrieren und vernachlässigten deshalb die Gründung neuer Ortsgruppen. Durch intensives Engagement gelang es, enorme Summen aufzubringen, und allein von Oktober 1924 bis März 1925 zahlte die RHD über 320.000 RM an Familienunterstützung und über 230.000 RM für Rechtsschutz aus.

Weitere Probleme gab es zunächst bei der internen Kommunikation und Verwaltung. Neben fehlenden Berichten aus den Bezirken bemängelte der ZV bei der 1. Reichstagung am 17. Mai 1925: »Auch in der Registratur und Kassierung der Mitglieder hapert es sehr, so daß viele gewonnene Mitglieder wieder verloren gegangen sind« (Reichstagung, S. 78). Tatsächlich stellte sich die dort verkündete Schätzung von 214.000 Einzelmitgliedern als deutlich überhöht heraus und wurde wenig später auf 60.000 korrigiert.

Nach den Anfangsschwierigkeiten festigte sich die Rote Hilfe Deutschlands bald und konnte zunehmend größere Projekte und Kampagnen umsetzen, die reichsweit und auf Bezirksebene koordiniert waren und eine breite Öffentlichkeit erreichten. Dabei stellte sie immer klar, dass sie sich – auch wenn die materielle Unterstützung für die Familien der Gefangenen für manche eher karitativ anmutete – als Teil des proletarischen Klassenkampfes sah und politische Antirepressionsarbeit leistete. Die Kombination beider Aspekte trug zu ihrem Erfolg bei, und in kurzer Zeit wurde die RHD zu einer der bedeutendsten Massenorganisationen der Arbeiter:innenbewegung.

Praktische Schwerpunkte und politische Entwicklung

1924-1929: Gefangenen- und Familienhilfe und internationale Solidarität | In den ersten Jahren lag der Fokus eindeutig auf der Gefangenen- und Familienhilfe. Breit angelegte